

Nicht allen verlieh der Aufschwung Flügel

Das Wirtschaftswachstum 2010 und die gute Arbeitsmarktsituation haben sich auf wirtschaftsaktive Gründungen und junge Unternehmen unterschiedlich ausgewirkt. Während junge Unternehmen, die vor oder während der Krise des Jahres 2009 gegründet wurden, vom Aufschwung profitierten, hatten Gründungen des Jahres 2010 Anlaufschwierigkeiten.



Unternehmen, die vor oder während der Krise 2009 gegründet wurden, konnten vom Aufschwung des Jahres 2010 profitieren. Neu gegründete Unternehmen taten sich dagegen schwer.

Dies sind zentrale Ergebnisse des aktuellen KfW/ZEW-Gründungspanels. Mit dem KfW/ZEW-Gründungspanel schaffen die KfW Bankengruppe, das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) und der Verband der Vereine Creditreform eine hervorragende Datenbasis. Das Panel verfolgt als erster Längsschnittdatensatz in Deutschland die Entwicklung junger Unternehmen vom Zeitpunkt ihrer Gründung über mehrere Jahre hinweg und stellt ein breites Spektrum unternehmens- und personenspezifischer Informationen bereit. Jährlich werden hierzu etwa 6.000 Unternehmen befragt.

Die aktuelle Erhebung zeigt, dass trotz der guten Wirtschaftslage nur rund 460.000 vollzeitäquivalente Arbeitsplätze (inklusive der Gründerpersonen) in Gründun-

gen des Jahres 2010 geschaffen wurden. Dies bedeutet im Vergleich zum Krisenjahr 2009 einen Rückgang von rund 90.000 Stellen. Etablierte Unternehmen bieten tendenziell eine höhere Arbeitsplatzsicherheit sowie höhere Löhne. Vermutlich waren deshalb für Arbeitssuchende im vergangenen Jahr neu gegründete Unternehmen weniger attraktiv.

Gründungen 2010 weniger innovativ

Die kleinere Größe spiegelt sich auch in den Umsatzzahlen wider: Die Gründungen erzielten im ersten Kalenderjahr ihres Bestehens im Durchschnitt einen Umsatz von 144.000 Euro, während es im Jahr 2009 noch 192.000 Euro gewesen waren. Sie waren zudem weniger innovativ: Le-

diglich zwölf Prozent der Gründungen des Jahres 2010 begannen ihre Geschäftstätigkeit mit der Einführung einer Marktneuheit (2009: 16 Prozent). Vermutlich haben viele der neu gegründeten Unternehmen aufgrund der günstigen makroökonomischen Nachfragebedingungen erwartet, selbst mit bewährten Produkten genügend Kunden gewinnen zu können.

Rasches Wachstum bei jungen Unternehmen

Im Gegensatz zu den Gründungen profitierten Unternehmen im zweiten bis vierten Geschäftsjahr vom Wirtschaftsaufschwung. Sie wiesen höhere Umsätze auf als gleichaltrige Unternehmen ein Jahr zuvor (durchschnittlicher Umsatz 2010: 355.000 Euro, 2009: 300.000 Euro) und konnten ähnlich schnell Beschäftigung aufbauen wie gleichaltrige Unternehmen ein Jahr zuvor (durchschnittliche Anzahl vollzeitäquivalenter Stellen Ende 2010: 3,6, 2009: 3,5). Jedoch haben die Unternehmen im zweiten bis

IN DIESER AUSGABE

Nicht allen verlieh der Aufschwung Flügel ...	1
Kommunaler Wettbewerb über Grenzen spürbar	2
Klimawandel – Zum Zusammenhang von Wissen, Risikowahrnehmung und Versicherung	3
Nachgefragt: Reform der Ratingagenturen ...	4
Wirkungen von Mindestlöhnen im Dachdeckerhandwerk und in der Abfallwirtschaft	5
Dritter ICTNET-Workshop am ZEW	7
Verantwortung für Europa wahrnehmen	8
ZEW Intern	10
Daten und Fakten	11
Standpunkt	12

FORSCHUNGSERGEBNISSE

vierten Geschäftsjahr ihre Innovations-tätigkeit zurückgefahren und im Durchschnitt weniger für Forschung und Entwicklung ausgegeben (2010: 33.000 Euro, 2009: 41.000 Euro).

Verbessertes Investitionsklima

Das Investitionsklima für junge Unternehmen hat sich im Jahr 2010 gegenüber dem Vorjahr leicht verbessert. Mehr Unternehmen im zweiten bis vierten Geschäftsjahr haben investiert (2010: 64 Prozent, 2009: 54 Prozent), auch wenn sie ihr Investitionsvolumen im Vergleich zu den gleichaltrigen Unternehmen im

Vorjahr nicht ausgeweitet haben. Erwartungsgemäß sind die Finanzierungsschwierigkeiten im Jahr 2010 dank des Konjunkturaufschwungs zurückgegangen. Insbesondere die älteren Gründungskohorten hatten seltener Probleme bei der Beschaffung externer Finanzmittel. So ist der Anteil von Unternehmen im zweiten bis vierten Geschäftsjahr, die über Finanzierungsschwierigkeiten berichteten, um vier Prozentpunkte auf zwölf Prozent gesunken. Gründungen hingegen klagten im vergangenen Jahr in nahezu identischer Intensität wie im Krisenjahr 2009 über Finanzierungsprobleme (2010: 23 Prozent, 2009: 25 Prozent der Gründungen).

In den kommenden drei Jahren planen 71 Prozent der wirtschaftsaktiven jungen Unternehmen eine Umsatzausweitung. Allerdings stammt diese Einschätzung aus dem Befragungszeitraum des Frühsommers 2011. Vor dem Hintergrund der unübersehbaren Anzeichen für den inzwischen eingetzten Konjunkturabschwung dürfte sich dieses Bild eingetrübt haben, dennoch belegt es die positiven mittelfristigen Zukunftserwartungen der jungen Unternehmen.

Die Studie KfW/ZEW-Gründungspanel 2011 steht zum Download bereit unter: www.gruendungspanel.de

Katrin Ullrich, ullrich@kfw.de
Helmut Fryges, fryges@zew.de

Kommunaler Wettbewerb über Grenzen spürbar

Untersuchungen zu fiskalpolitischen Entscheidungen konzentrieren sich häufig auf die Beziehungen zwischen Gebietskörperschaften in einer einzigen Region, etwa Gemeinden in einem Bundesland. Eine aktuelle Studie des ZEW untersucht dagegen am Beispiel von Baden-Württemberg, inwiefern Gebietskörperschaften im regionalen, nationalen und internationalen Wettbewerb um Unternehmensansiedlungen stehen.

Da die Wettbewerbsintensität kaum objektiv messbar ist, behilft sich die Studie mit der Einschätzung deutscher Lokalpolitiker hinsichtlich ihrer Hauptkonkurrenten im Standortwettbewerb um Unternehmen, Arbeitsplätze und Gewerbesteuern. Dazu wertet sie Umfragedaten von über 700 Bürgermeistern in Baden-Württemberg aus. Neben seiner Grenzlage zu Frankreich und der Schweiz bietet sich Baden-Württemberg deshalb für die Analyse an, da das dortige Kommunalrecht den Bürgermeistern ein hohes Maß an Handlungsmacht, unter anderem hinsichtlich der kommunalen Steuern, einräumt.

Wettbewerb im eigenen Bundesland, mit anderen Ländern und Staaten

Die Bürgermeister wurden unter anderem gebeten, anhand einer Skala Angaben zu machen, wie sehr sie sich im Wettbewerb mit verschiedenen Gruppen von Gebietskörperschaften sehen. Dabei wurde unterschieden zwischen Städten und

Gemeinden innerhalb des Bundeslandes, in anderen Bundesländern sowie in anderen Staaten.

Wettbewerbsdruck von angrenzenden Bundesländern am stärksten

Die ökonometrischen Auswertungen des ZEW (Discussion Paper Nr. 11-020) zeigen, dass die Befragten besonders Städte und Gemeinden, die innerhalb von Baden-Württemberg liegen, als Standortkonkurrenten wahrnehmen. Eine Ausnahme stellen größere Städte dar, die sich auch stark im Wettbewerb mit externen Konkurrenten in anderen Bundesländern oder Staaten sehen. Jedoch machen die Ergebnisse darüber hinaus deutlich, dass die Bürgermeister, deren Kommunen in der Nähe einer Grenze liegen (entweder zu einem anderen Bundesland oder zu den Nachbarstaaten), ebenfalls einen starken Wettbewerbsdruck von jenseits dieser Grenze spüren. Am stärksten wird der Wettbewerbsdruck von denjenigen

Gebietskörperschaften empfunden, die in der Nähe eines angrenzenden Bundeslands liegen. Im Vergleich dazu schätzen die Befragten grenznaher Gemeinden den Wettbewerb mit französischen oder schweizerischen Gebietskörperschaften als weniger stark ein. Im Falle von innerstaatlichen Grenzen wirkt dieser Nachbarschaftseffekt bis zu einer Grenz Entfernung von rund 20 Kilometern. Bei einer internationalen Grenze ziehen dagegen nur Gebietskörperschaften bis zu einer 12,5 Kilometer Entfernung die ausländischen Wettbewerber bei Entscheidungen stärker mit ins Kalkül.

Starke kulturelle Grenze

Der Datensatz macht ferner deutlich, dass die französisch-deutsche Grenze den Wettbewerb in stärkerem Maße einschränkt als die schweizerisch-deutsche Grenze. Eine vorsichtige Erklärung hierfür könnte sein, dass Politiker die kulturelle, also die sprachliche Dimension der jeweiligen Grenze als wichtiger erachten als die institutionelle Dimension, etwa Mitgliedschaft in der EU beziehungsweise Nicht-Mitgliedschaft in der EU. Überdies könnte sich in diesem Ergebnis die aggressivere Unternehmenssteuerepolitik der Schweiz widerspiegeln.

Steffen Osterloh, osterloh@zew.de

Klimawandel – Zum Zusammenhang von Wissen, Risikowahrnehmung und Versicherung

Eine Studie des ZEW zeigt, dass Personen, die vergleichsweise gut über den Klimawandel informiert sind, seine Auswirkungen als weniger gefährlich einschätzen als Menschen mit niedrigerem Wissensstand. Darüber hinaus spielen das Geschlecht und persönliche Erfahrungen mit dem Klimawandel eine Rolle für die Risikowahrnehmung.

Extreme Trockenperioden, Schäden durch Überschwemmungen oder heftige Stürme werden hierzulande von vergleichsweise wenigen Menschen direkt erlebt. Der Klimawandel ist für viele Menschen daher eher eine abstrakte Vorstellung, dessen direkte Folgen schwer einzuschätzen sind. Vor diesem Hintergrund untersucht das ZEW Discussion Paper Nr. 11-060 die Wechselwirkungen, die zwischen dem Wissen über den Klimawandel

ruher Institut für Technologie (früher Universität Karlsruhe) basierte auf einem Online-Fragebogen mit 510 Teilnehmern aller sozioökonomischen Gruppierungen und aus allen Regionen Deutschlands. Die andere Umfrage (von Wissenschaftlern des Umweltbereichs des ZEW) wurde mit 157 Teilnehmern durchgeführt, die in den Räumlichkeiten des Forschungsinstituts in Mannheim persönlich anwesend waren.

fährlich einschätzen im Vergleich zu Befragten mit niedrigerem Wissensstand. Der Einfluss von tatsächlichem Wissen verhält sich gegenteilig zu dem des selbst deklarierten Wissens. Das bedeutet, dass die Teilnehmer, die ihr eigenes Informationsniveau zum Klimawandel als relativ hoch einschätzen, ein höheres Maß an Risikowahrnehmung zeigen im Vergleich zu denjenigen, die sich selbst einen niedrigeren Informationsstand zuschreiben.

Aufklärung zeigt wenig Wirkung

Insgesamt wurden in beiden Befragungen unabhängig voneinander bestimmte Faktoren identifiziert, die die Risikowahrnehmung beeinflussen. Diese sind das Geschlecht (weibliche Befragte zeigen eine höhere Risikowahrnehmung), Erfahrungen mit extremen Wetterereignissen (Schadenserfahrung bedeutet eine höhere Risikowahrnehmung), und das tatsächliche Wissen über den Klimawandel (besseres Wissen impliziert eine niedrigere Risikowahrnehmung). Überraschenderweise zeigt die Bereitstellung von wissenschaftlichen Informationen über die erwarteten Klimateffekte im Experiment keinen signifikanten Einfluss auf die Risikowahrnehmung. Dieses Ergebnis dürfte für Regierungen oder Organisationen interessant sein, die viel Geld investieren, um Informationskampagnen zum Thema zu lancieren. Da Informationen über die Folgen des Klimawandels nicht zu einer steigenden Risikowahrnehmung führen, sind Zweifel über die Effizienz groß angelegter öffentlicher Informationskampagnen angebracht. Schließlich zeigen die Ergebnisse, dass ein positiver Zusammenhang besteht zwischen der Risikowahrnehmung und der Bereitschaft der Befragten, sich zu versichern. Darüber hinaus steigt die Wahrscheinlichkeit, gegen extreme Wetterereignisse versichert zu sein oder eine Versicherung anzustreben, wenn Befragte bereits Erfahrungen mit Schäden dieser Art gemacht haben.

Daniel Osberghaus, osberghaus@zew.de



Überschwemmungen gehören zu den spürbaren Folgen des Klimawandels.

del, wissenschaftlicher Information über das Phänomen, sowie der Risikowahrnehmung bezüglich klimabedingter Gefahren bestehen. Ferner analysiert die Studie, ob es eine Beziehung gibt zwischen der Risikowahrnehmung des Einzelnen und bestimmten Vorkehrungen gegen die Folgen des Klimawandels, etwa in Form von Versicherungsschutz.

Um Antworten auf diese Fragen zu finden, wurden zwei unabhängige Erhebungen durchgeführt. Die Umfrage des Lehrstuhls Versicherungswirtschaft am Karls-

Zunächst wurden die Teilnehmer zu einer Eigeneinschätzung über ihren Kenntnisstand zum Klimawandel befragt und die Angaben durch einen Fragebogentest zum Thema überprüft. Es zeigte sich, dass viele Befragte die Auswirkungen des Klimawandels, etwa das Ausmaß des Meeresspiegelanstiegs oder den erwarteten Temperaturanstieg, überschätzen. Ferner wurde deutlich, dass die Teilnehmer, die über ein besseres Wissen in Fragen des Klimawandels verfügen, die Effekte des Klimawandels als weniger ge-

Nachgefragt: Reform der Ratingagenturen

EU-Vorschläge zur Regulierung der Ratingagenturen tragen zur Lösung zentraler Probleme bei

Ratingagenturen gelten als mitschuldig an der Finanzkrise, da sie hochspekulative Wertpapiere lange Zeit zu positiv bewertet haben. Darüber hinaus stehen sie im Rahmen der europäischen Schuldenkrise in der Kritik, da sie die Bonität verschiedener Länder herabstufen und diese dadurch zusätzlich unter Druck gerieten. Nun hat die EU Kommission Vorschläge zur Regulierung der Ratingagenturen vorgestellt. Prof. Dr. Michael Schröder bewertet die geplanten Maßnahmen.

Ist der Europäischen Kommission der große Wurf gelungen, um die Macht der Ratingagenturen zu beschränken?

Insgesamt stellen die Vorschläge der EU-Kommission einen großen Schritt hin zu einer wirksamen Regulierung von Ratingagenturen dar und tragen zur Lösung zentraler Probleme bei. So ist die angestrebte Verminderung der Bedeutung von externen Ratings für Banken und andere institutionelle Investoren ein sehr sinnvoller Ansatz. Es ist zu hoffen, dass die entsprechenden Regeln, etwa von Basel III und Solvency II, angepasst werden und die Investoren damit eine größere Eigenverantwortung bei der Beurteilung von Ausfallrisiken erhalten. Auch die Herstellung größerer Transparenz bei Länderratings ist ein nützlicher Vorschlag. Es bleibt allerdings abzuwarten, ob die Einführung einer Haftung von Ratingagenturen letztlich nicht nur auf dem Papier stehen, sondern auch in der Praxis angewendet werden wird. Hier sind Zweifel angebracht.

Welchen Reformvorschlag halten sie außerdem für wichtig?

Nach Vorstellung der EU soll die European Securities and Markets Authority, eine der 2011 eingerichteten europäischen Finanzaufsichtsbehörden, unter anderem als Grundlage für die Ratings der Agenturen einheitliche Bewertungsskalen erarbeiten. Dies würde den Vergleich von Ratings erleichtern. Allerdings ist es hierbei von großer Bedeutung, von Anfang an den Erfordernissen für die nachträgliche Überprüfung der Güte der Ratings Rechnung zu tragen. Hilfreich wäre beispielsweise, die Ratingagenturen dazu zu verpflichten, durch die Angabe von Ausfallwahrscheinlichkeiten ihre Ratingaussagen zu konkretisieren.

Welche der vorgeschlagenen Maßnahmen geht Ihnen nicht weit genug?

Das Problem, dass Ratingagenturen aufgrund ihrer Bezahlung durch die Emittenten von Finanzprodukten Anreize haben könnten, ganz im Sinne des Emittenten, zu positive Ratings für solche Finanz-

produkte abzugeben, um Folgeaufträge wahrscheinlicher zu machen, wird in den von der Kommission eingebrachten Vorschlägen nicht direkt angegangen. Der Vorschlag, ein Rotationsverfahren einzuführen, bei dem die Emittenten alle drei Jahre eine neue Ratingagentur beauftragen müssen, dürfte zwar das Oligopol der drei großen Ratingagenturen aufbrechen und auch kleinere Agenturen häufiger ins



Foto: DIGITALSTOCK

Ratingagenturen beeinflussen die Kapitalmärkte.

Spiel bringen. Ob allerdings die grundsätzlichen Fehlanreize, die durch das Bezahlungssystem ausgelöst werden, dadurch wirklich vermindert werden, darf bezweifelt werden.

Lange war im Gespräch, Bonitätsnoten für Länder in Not zeitweilig auszusetzen. Dieses Ratingverbot hat die EU nun nicht weiter verfolgt. Wie bewerten sie das?

Erfreulicherweise wurde die Absicht, die Veröffentlichung von Länderratings zeitweise auszusetzen, nicht umgesetzt. Ein solches Verbot hätte die Informationsbasis von Investoren deutlich verschlechtert und die Fähigkeit des Kapitalmarktes, hochverschuldete Staaten zu disziplinieren, einschränkt.

Prof. Dr. Michael Schröder, schroeder@zew.de
Kathrin Böhmer, boehmer@zew.de

Prof. Dr. Michael Schröder leitet am ZEW den Forschungsbereich Internationale Finanzmärkte und Finanzmanagement. Seine Forschungsschwerpunkte sind insbesondere die empirische Kapitalmarktanalyse, Erwartungsbildung auf Finanzmärkten, nachhaltige Kapitalanlagen sowie Vermögensmanagement. Im Jahr 2009 wurde er an der Universität Stuttgart habilitiert und erhielt die Lehrbefugnis für Betriebswirtschaftslehre. Schröder lehrt an der Frankfurt School of Finance & Management im Bereich Asset Management.



Foto: ZEW

Wirkungen von Mindestlöhnen im Dachdeckerhandwerk und in der Abfallwirtschaft

Verschiedene Evaluationen zur Wirkung von branchenspezifischen Mindestlöhnen fanden keine belastbaren Hinweise auf einen Gesamtbeschäftigungsabbau. Die Evaluationen des ZEW zu den Mindestlohnwirkungen im Dachdeckerhandwerk und der Abfallwirtschaft zeigen, dass die Übertragbarkeit dieser Ergebnisse auf einen flächendeckenden Mindestlohn allerdings fraglich ist und differenzierte Schlüsse zu ziehen sind.



Das ZEW evaluierte die Einführung von Mindestlöhnen im Dachdeckerhandwerk und in der Abfallwirtschaft.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales gab Ende des Jahres 2010 für jede Branche mit einem allgemeinverbindlichen Mindestlohn Studien zu dessen Wirkungen auf Beschäftigung, Arbeitnehmerschutz und Wettbewerb in Auftrag. Die Studien zum Dachdeckerhandwerk und zur Abfallwirtschaft entstanden in Zusammenarbeit mit dem Institut für angewandte Sozialwissenschaft (infas) am ZEW. Für die Analysen wurde auf ein möglichst breites Spektrum an Daten und Methoden zurückgegriffen. So wurden vorhandene administrative Branchen- und Individualdaten sowie Daten des Mannheimer Unternehmenspanels ausgewertet und durch eine zusätzliche Befragung von Unternehmen sowie Experteninterviews mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern der Branche ergänzt. Für die Wirkungsanalysen für die Abfallwirtschaft konnten angesichts des kurzen Zeitraums zwischen Einführung und Evaluation des

Mindestlohns nur die Daten aus der Unternehmensbefragung genutzt werden.

In der Abfallwirtschaft wurde erstmalig zum 1. Januar 2010 ein einheitlicher Mindestlohn in Höhe von 8,02 Euro eingeführt. Die Ergebnisse der Unternehmensbefragung zeigen, dass die Betroffenheit der Abfallwirtschaft vom Mindestlohn als gering einzustufen ist. Hiernach haben vor

der Mindestlohneinführung circa 20 Prozent der Unternehmen Entgelte unterhalb von acht Euro gezahlt, dies galt vor allem für ostdeutsche und privatwirtschaftliche Unternehmen. Insgesamt waren hiervon jedoch nur rund sechs Prozent aller Beschäftigten der Branche betroffen.

Im Dachdeckerhandwerk wurde bereits 1997 ein allgemeinverbindlicher Mindestlohn eingeführt, der im Jahr 2011 10,80 Euro betrug. Aufgrund des seit 2003 bundeseinheitlichen Mindestlohnniveaus ist die Dachdeckerbranche in Ostdeutschland deutlich stärker vom Mindestlohn betroffen als in Westdeutschland. Dies schlug sich in Stundenlohnzuwächsen für bis zu 60 Prozent der ostdeutschen Beschäftigten nieder, die bislang unterhalb des Mindestlohns bezahlt wurden. Da die Arbeitskosten im Dachdeckerhandwerk lediglich rund 30 Prozent der Gesamtkosten eines Betriebes ausmachen, stiegen die Gesamtkosten jedoch nur um weniger als ein Prozent.

Möglichkeiten der Kostenüberwälzung

Die zu erwartenden Wirkungen einer Mindestlohneinführung hängen nicht nur von der Betroffenheit der Branchen, sondern ebenfalls von den branchenspezifischen Möglichkeiten der Überwälzung mindestlohnbedingter Mehrkosten ab. So handelt es sich bei der Abfallwirtschaft um eine Branche mit einer besonderen Wettbewerbssituation, die dazu führt, dass er

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat acht Branchen, in denen ein gesetzlicher Mindestlohn gilt, von verschiedenen Forschungsinstituten daraufhin untersuchen lassen, ob die bestehenden gesetzlichen Regelungen zu Mindestlöhnen zum Abbau von Arbeitsplätzen geführt haben. Ferner wurden die Auswirkungen auf den Schutz der Arbeitnehmer sowie die Intensität des Wettbewerbs in den jeweiligen Branchen untersucht. Mittlerweile liegen die Abschlussberichte der verschiedenen Institute vor. Das ZEW hat die Wirkungen von Mindestlöhnen für das Dachdeckerhandwerk sowie für die Abfallwirtschaft untersucht. Die entsprechenden Berichte finden sich unter: www.zew.de/publikation6417 (Dachdecker) sowie unter www.zew.de/publikation6403 (Abfallwirtschaft).

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ANALYSE

höhte Lohnkosten möglicherweise über höhere Preise weitergegeben werden: Kommunale Unternehmen haben eine Monopolstellung bei der Hausmüllentsorgung, deren Kosten in Form von Gebühren an die Haushalte weitergegeben werden. Das im Gebührenrecht verankerte Kostendeckungsprinzip ermöglicht unmittelbar die Weitergabe erhöhter Lohnkosten über höhere Gebühren an die Endverbraucher, deren Nachfrage nach der Entsorgung von Abfällen weitgehend konstant ist.

Teilweise Lohnzurückhaltung bei oberen Lohngruppen

Für das Dachdeckerhandwerk konnten mindestlohnbedingte Kostensteigerungen ebenfalls teilweise über höhere Preise an die Kunden weitergegeben werden, da die Nachfrage wenig preiselastisch ist. Zudem gibt es Hinweise für Produktivitätsreserven, die steigende Lohnkosten abgedeckt haben. Darüber hinaus wurde in Ostdeutschland ein Teil der Kostenzuwächse durch eine Lohnzurückhaltung für die oberen Lohngruppen kompensiert, die dies auch nach Aussagen von Branchenvertretern angesichts einer zunehmend angespannten Arbeitsmarktsituation nach dem Ende des wiedervereinigungsbedingten Baubooms hinnahmen. Unabhängig von der Qualifikation und Berufserfahrung verdienen ostdeutsche Dachdeckerbeschäftigte somit mittlerweile fast einen Einheitslohn auf Mindestlohnniveau.

Angesichts der teils niedrigen Betroffenheit und der dargelegten Kompensati-



Die Abfallwirtschaft kann höhere Lohnkosten an die Haushalte weitergeben.

onsmöglichkeiten wundert es nicht, dass es zu keinem nachweisbaren Abbau der Gesamtbeschäftigung in beiden Branchen gekommen ist. Dies heißt nicht, dass es keine Beschäftigungseffekte gibt: Die Beschäftigung von mindestlohnbedingt verteuerten Arbeitskräften im Dachdeckerhandwerk reduzierte sich zugunsten der Beschäftigung von Fachkräften. Eine ohnehin in der Branche zu beobachtende Fachkräfteintensivierung wurde durch den Mindestlohn verstärkt.

Übertragbarkeit auf andere Branchen nur beschränkt möglich

Welche Erkenntnis lässt sich daraus gewinnen? Zum einen sollte keine schlichte Übertragung der Ergebnisse aus der Abfallwirtschaft und dem Dachdeckerhandwerk

auf andere Branchen vorgenommen werden. Ein Mindestlohn in einer Branche mit einer preiselastischeren Nachfrage und geringeren Produktivitätsreserven wird vermutlich anders wirken.

Zum anderen vernachlässigen diese Branchenstudien gesamtwirtschaftliche Effekte eines flächendeckenden Mindestlohns. Finden beispielsweise die aus der Dachdeckerbranche verstärkt entlassenen unqualifizierten Arbeitskräfte genauso leicht wieder Beschäftigung wie qualifizierte Arbeitskräfte, ist die beobachtete Veränderung der Beschäftigtenstruktur im Dachdeckerhandwerk volkswirtschaftlich gesehen unproblematisch. Im Fall eines flächendeckenden Mindestlohns könnte es für diese Arbeitskräfte allerdings zunehmend schwierig werden, einen Arbeitsplatz zu finden. Inwiefern dies der Fall wäre, hängt dabei ferner von der Höhe des Mindestlohnniveaus ab.

Die Wirkungen eines Mindestlohnes hängen somit nicht nur von dessen Höhe, sondern ebenfalls von der spezifischen Wettbewerbssituation einer Branche ab. Aus den vom ZEW ermittelten Resultaten lassen sich daher keinesfalls allgemein gültige Schlussfolgerungen für andere Branchen hinsichtlich der vermeintlichen Unschädlichkeit von Mindestlöhnen ziehen – dies gilt umso mehr für die Wirkungen eines einheitlichen flächendeckenden Mindestlohnes.



Im Dachdeckerhandwerk führt der Mindestlohn zu einer Fachkräfteintensivierung.

Jun.-Prof. Dr. Melanie Arntz, arntz@zew.de
(Dachdeckerhandwerk)
PD Dr. Nicole Gürtzgen, guertzgen@zew.de
(Abfallwirtschaft)

KONFERENZEN

Dritter ICTNET-Workshop am ZEW

Am 24. und 25. Oktober 2011 richtete das ZEW gemeinsam mit der OECD den dritten ICTNET-Workshop in Mannheim aus. Der Workshop befasste sich insbesondere mit Fragestellungen zu IKT-basierten Innovationen, Produktivität und Wachstum.



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des dritten ICTNET-Workshops am ZEW in Mannheim.

ICTNET ist ein von der EU-Kommission, Generaldirektion Informationsgesellschaft und Medien, im 7. Forschungsrahmenprogramm finanziertes Netzwerk. Es verfolgt das Ziel, den Austausch zwischen Ökonomen insbesondere aus Europa zu fördern, die auf dem Gebiet der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) forschen. Darüber hinaus strebt das Netzwerk an, die Politikrelevanz der IKT-Forschung zu stärken. Thematisch konzentriert es sich auf die vier Forschungsfelder IKT, Produktivität und Wachstum, IKT, Forschung und Entwicklung und immaterielle Güter, IKT-basierte Innovationen sowie Diffusion von IKT. Die Gesamtkoordination des Netzwerks obliegt der OECD. Weitere Partner sind neben dem ZEW das Imperial College London und die Universität Parma.

Ziele der digitalen Agenda und elektronischer Binnenmarkt

Der dritte ICTNET-Workshop startete mit einer Podiumsdiskussion, bei der zunächst Lucilla Sioli (Head of Unit bei der Generaldirektion Informationsgesellschaft und Medien) die Ziele der digitalen

Agenda vorstellte und eine erste Bewertung der Fortschritte beim Erreichen dieser Ziele vornahm. Können Investitionen in Hochgeschwindigkeitsnetze und damit verbundene zum Teil mobile Anwendungen wie beispielsweise Cloud Computing weitere Wachstumsschübe auslösen? Unter welchen Bedingungen ist ein elektronischer Binnenmarkt realisierbar? Diese Fragen wurden von Justin Bayard (Industry Canada), Avi Goldfarb (University of Toronto) und Marshall van Alstyne (Boston University) erörtert.

Im Anschluss präsentierten 15 Forscherinnen und Forscher Ergebnisse ihrer Studien zu den Beiträgen von IKT zu Innovation, Produktivität und Wachstum. Avi Goldfarb stellte Studienergebnisse vor, die zeigen, dass in den USA lediglich Bewohner städtischer Regionen von der Einführung des Internets profitiert haben. Nur in Regionen mit hoher Einwohnerdichte, hoher Qualifikation der Beschäftigten und einer hohen IT-Durchdringung hat die Einführung des Internets zu einem Anstieg der Löhne geführt. Marshall van Alstyne (Boston University) ging in seinem Vortrag auf die Innovationspotenziale von IKT ein. Weitere Papiere befas-

ten sich beispielsweise mit den gesamtwirtschaftlichen Wachstumsbeiträgen der Breitbandtechnologie, der Rolle von Schulen als Anwender der Breitbandtechnologie sowie mit der Rolle des Internets als Plattform für die Jobsuche.

Automobilindustrie als Beispiel einer IKT-intensiven Anwenderbranche

Johannes van Biesebroeck (KU Leuven) zeigte am Beispiel der Automobilindustrie als einer IKT-intensiven Anwenderbranche wie die fortschreitende Internationalisierung die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit dieser Branche deutlich gestärkt hat. Ähnliche Zusammenhänge konnte Iulia Siedschlag (ESRI Dublin) für die Innovationsaktivität irischer Dienstleistungsunternehmen nachweisen. In weiteren Papieren standen darüber hinaus methodische Fragestellungen im Zentrum der Analyse, zum Beispiel die Modellierung von Komplementaritäten oder die Messung der Preisentwicklung von IKT-Gütern.

Das Programm zum Workshop sowie weitere Informationen zu ICTNET finden sich unter: www.ict-net.eu

Prof. Dr. Irene Bertschek, bertschek@zew.de

ZEW DISCUSSION PAPERS

Nr. 11-065, Astrid Dannenberg, Andreas Löschel, Gabriele Paolacci, Christiane Reif, Alessandro Tavoni: Coordination Under Threshold Uncertainty in a Public Goods Game.

Nr. 11-064, Andrew Toole, John L. King: Industry-Science Connections in Agriculture: Do Public Science Collaborations and Knowledge Flows Contribute to Firm-level Agricultural Research Productivity?

Nr. 11-063, Andrew Toole: The Impact of Public Basic Research on Industrial Innovation: Evidence from the Pharmaceutical Industry.

Nr. 11-062, Christian Dick, Ronald MacDonald, Lukas Menkhoff: Individual Exchange Rate Forecasts and Expected Fundamentals.

Verantwortung für Europa wahrnehmen

ZEW-Präsident Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz stellte im Rahmen der Reihe „Wirtschaftspolitik aus erster Hand“ das neue Jahresgutachten 2011/2012 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vor. Vor dem Hintergrund der Verschuldungs- und Eurokrise stießen die Vorträge auf großen Zuspruch.



Thomas Kohl, ZEW, Hans-Jörg Vetter, Vorstandsvorsitzender der BW Bank, Winfried Kretschmann, Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg, und Wolfgang Franz, ZEW, in Stuttgart (von links).

Die Vortragsveranstaltungen fanden in den Landesvertretungen von Baden-Württemberg in Berlin und Brüssel, in der BW-Bank in Stuttgart und bei der EnBW in Karlsruhe statt.

Auf Deutschland als größte Volkswirtschaft in Europa kämen große Herausforderungen zu, sagte Franz zum Auftakt seines Vortrags. Deshalb habe der Sachverständigenrat sein aktuelles Jahresgutachten mit dem Titel „Verantwortung für Europa wahrnehmen“ überschrieben. Es müssten die Verschuldungs- und mittlerweile auch Währungs- und Eurokrise im Euroraum gelöst, noch nicht umgesetzte Finanzmarktreflexionen vorangetrieben und die Energiepolitik in einen europäischen Rahmen eingefügt werden. In seinem Vortrag konzentrierte er sich auf die Verschuldungs- und Eurokrise, sagte Franz.

Deutschland starte aus einer robusten wirtschaftlichen Situation ins kommende Jahr. So prognostiziere der Sachverständigenrat für das Jahr 2011 einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von drei Prozent. Im Jahr 2012 erwarte der Rat allerdings im günstigsten Fall nur noch eine

Wachstumsrate von 0,9 Prozent. Ohnehin, so Franz, befinde sich Deutschland auf einem zu geringen Wachstumspfad.

Während im Jahr 2011 das Wirtschaftswachstum stark von der Binnennachfrage getragen worden sei, erwarte der Sachverständigenrat für das kommende Jahr einen moderaten Rückgang der Konsumausga-

ben. Auf das Bruttoinlandsprodukt werde sich im Jahr 2012 jedoch vor allem auswirken, dass die Ausrüstungsinvestitionen sowie der Export stark nachlassen würden. Angesichts der wirtschaftlichen und politischen Probleme in der Eurozone bestünden große Unsicherheiten. Aus diesem Grund habe der Sachverständigenrat ein Worst-Case-Szenario für die deutsche Wirtschaftsleistung des Jahres 2012 berechnet. So sei unter der Annahme eines stagnierenden Welthandels – möglicherweise ausgelöst unter anderem von der Schulden- und Eurokrise – ein Schrumpfen der deutschen Wirtschaft um 0,4 Prozent denkbar.

Robuster Arbeitsmarkt

Der deutsche Arbeitsmarkt präsentiere sich aktuell in einer sehr robusten Verfassung. So sei seit den umfangreichen Reformen des Jahres 2005 ein stetiger Anstieg der Erwerbstätigkeit und ein Rückgang der Langzeitarbeitslosigkeit in Deutschland zu verzeichnen. Dank der Arbeitszeitreduktionen habe die globale Wirtschaftskrise der Jahre 2008 und 2009 diese Entwicklung letztlich nicht stoppen können. Für das Jahr 2011 erwarte der Sachverständigenrat rund 2,9 Millionen registrierte Arbeitslose in Deutschland, im Jahr 2012 werde die Anzahl der Arbeitslosen wahrscheinlich sogar auf 2,8 Millionen sinken.



Peter Friedrich, Minister für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten des Landes Baden-Württemberg mit Wolfgang Franz bei der Vortragsveranstaltung in Berlin (von links).

WIRTSCHAFTSPOLITIK AUS ERSTER HAND

Was als eine auf Griechenland begrenzte Schuldenkrise im Frühjahr 2010 begonnen habe, sei mittlerweile durch eine Spirale des Vertrauensverlusts an den Finanzmärkten zu einer Krise der Gemeinschaftswährung Euro geworden. Als dringendste Aufgabe gelte es, die Stabilität im Euroraum wiederherzustellen, sagte Franz. Deutschland habe sich seiner besonderen Verantwortung im Euroraum insgesamt gesehen gestellt. Um das System der Eurozone langfristig zu stärken, seien darüber hinaus wichtige Reformen auf europäischer Ebene eingeleitet worden, wie etwa die Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts. So habe etwa die Einführung eines umgekehrten Abstimmungsmodus die Wahrscheinlichkeit deutlich verringert, dass Staaten mit dauerhaft überhöhten Haushaltsdefiziten auch in Zukunft sanktionsfrei blieben. Allerdings müsse hier noch nachgelegt werden, sagte Franz.

Griechenland weiterhin in der Eurozone

Griechenland habe mit seiner überbordenden Staatsverschuldung zum Druck auf den Euro beigetragen. Dennoch plädiere der Sachverständigenrat ausdrücklich nicht für den Austritt Griechenlands aus der Eurozone, erklärte Franz. Es wäre ein Bärendienst am Euro, wenn Griechenland die Gemeinschaftswährung verlassen müsse. Eine neue griechische Drachme würde sofort drastisch gegenüber dem Euro abwerten. In der Folge könnte das Land seine Schulden noch



Wolfgang Franz bei der Vorstellung des aktuellen Jahresgutachtens 2011/12 des Sachverständigenrats in der Landesvertretung von Baden-Württemberg in Brüssel.

weniger bedienen als heute. Der griechische Schuldenstand würde noch stärker ansteigen. Ein weiterer Schuldenschnitt wäre notwendig. Dies hätte Konsequenzen für griechische Banken aber auch für Banken in anderen europäischen Ländern. Darüber hinaus spreche sich der Sachverständigenrat auch deshalb gegen einen Austritt Griechenlands aus der Eurozone aus, weil andere Länder diesem Beispiel folgen könnten. Dies könnte letztlich zum Auseinanderbrechen der Eurozone führen.

Viele der stark verschuldeten Länder hätten bereits wichtige Schritte zur Konsolidierung ihrer Staatsfinanzen unternommen, sagte Franz. So habe zum Beispiel Griechenland seinen konjunkturbe-

reinigten Primärsaldo – das ist die um konjunkturelle Effekte bereinigte Neuverschuldung ohne Berücksichtigung der Zinslasten – von minus 13,1 Prozent im Jahr 2009 auf minus 0,4 Prozent im Jahr 2011 verringert. Im Gegensatz dazu habe sich der Primärsaldo der Vereinigten Staaten kaum verbessert. Er liege im Jahr 2011 immer noch bei minus 4,8 Prozent nach minus 4,9 Prozent im Jahr 2009.

Alternative: Europäischer Schuldenpakt

Sollten in absehbarer Zeit die Zinsaufschläge für Staatsanleihen verschiedener Problemländer weiter drastisch steigen, stelle der Sachverständigenrat einen Notfallplan zur Diskussion, sagte Franz. Dann sollte ein „europäischer Schuldenpakt“ geschlossen werden. Er sehe vor, über einen gemeinsamen Konsolidierungspakt und verbindliche nationale Schuldenbremsen die Staatsverschuldung der Teilnehmerländer auf die 60-Prozent-Grenze des Vertrags von Maastricht zurückzuführen. Die darüber hinausgehende Verschuldung solle in einen Tilgungsfonds mit gemeinschaftlicher Haftung eingebracht werden. Die in den Fonds ausgelagerte Verschuldung müsse dann über 20 bis 25 Jahre hinweg getilgt werden, etwa über eine dazu erhobene nationale Steuer. Halte sich ein Staat nicht an seinen Tilgungsplan, könne dies durch den Einbehalt eines Teils seiner Devisen- und Goldreserven sanktioniert werden.

Kathrin Böhmer, boehmer@zew.de



Die Zuhörer nutzten immer wieder die Gelegenheit, im Anschluss an den Vortrag Fragen an Wolfgang Franz zu stellen – wie hier bei der Vortragsveranstaltung in den Räumen der EnBW in Karlsruhe.

ZEW INTERN

ZEW-Wissenschaftlerin erwirbt Baden Württemberg-Zertifikat für Hochschuldidaktik

Dr. Grit Mühler, Wissenschaftlerin im Forschungsbereich Arbeitsmärkte, Personalmanagement und Soziale Sicherung hat das Baden Württemberg-Zertifikat für Hochschuldidaktik erworben. Sie ist damit die erste Wissenschaftlerin des ZEW, die das etwa zwei Jahre dauernde, hochschuldidaktische Qualifizierungsprogramm des Hochschuldidaktikzentrums der Universitäten des Landes Baden-Württemberg (HDZ) abgeschlossen hat.

Die Verleihung der Zertifikate fand am 11. November 2011 im Rahmen eines Festaktes im Haus der Wirtschaft in Stuttgart statt. In Vertretung von Wissenschaftsministerin Theresia Bauer über-

gab Ministerialrat Steffen Walter die Zertifikate an die Absolventen. Das hochschuldidaktische Qualifizierungsprogramm verfolgt das Ziel, die Qualität der Lehre an den Universitäten des Landes Baden-Württemberg flächendeckend zu steigern. In diesem Jahr haben insgesamt 159 Wissenschaftler aller baden-württembergischen Universitäten und wissenschaftlichen Einrichtungen das Zertifikat erworben.



Dr. Grit Mühler

ZEW-Wissenschaftlerin erhält Constantin-von-Dietze Preis

Für ihre im Jahr 2010 abgeschlossene Dissertation „Employment Dynamics and Heterogeneous Labor Markets: An Analysis with Linked Employer-Employee and Company Data“ hat Dr. Susanne Steffes den Constantin-von-Dietze Preis der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg erhalten. Der Preis wurde im Rahmen der feierlichen Eröffnung des Akademischen Jahres am 26. Oktober 2011 von Rektor Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Jochen Schiewer und dem Stifter des Preises Dr. Thomas Schäuble, Vorstand der Badischen Staatsbrauerei Rothaus AG, übergeben.

In ihrer Arbeit hat Susanne Steffes anhand neuer Datensätze untersucht, wie flexibel der deutsche Arbeitsmarkt in den Jahren 1996 bis 2005 war. Susanne Steffes ist Wissenschaftlerin im Forschungsbereich Arbeitsmärkte, Personalmanagement und Soziale Sicherung des ZEW.



Dr. Thomas Schäuble, Dr. Susanne Steffes, Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Jochen Schiewer (von links).

TERMINE

Zweite SEEK-Konferenz am ZEW in Mannheim: The Green Growth Challenge

Nach der ersten SEEK-Konferenz im Jahr 2011, die außergewöhnlich großes Interesse auf sich zog, veranstaltet das ZEW am 9. und 10. März 2012 die zweite Konferenz des Forschungsprogramms „Strengthening Efficiency and Competitiveness in the European Knowledge Economies (SEEK)“. Vorrangiges Ziel der Konferenz ist es, die Herausforderungen von nachhaltigem und intelligentem Wachstum für die europäischen Volkswirtschaften zu verdeutlichen. Dieses Thema findet zunehmend Beachtung in Politik und Wissenschaft. Ein wichtiges Anliegen der Konferenz ist daher, politische Entscheidungsträger und Wissenschaftler zusammenzubringen, um Hindernisse für die Entwicklung ökologischer Innovationen zu diskutieren. Weitere Informationen erhalten Sie unter: www.seek.zew.eu

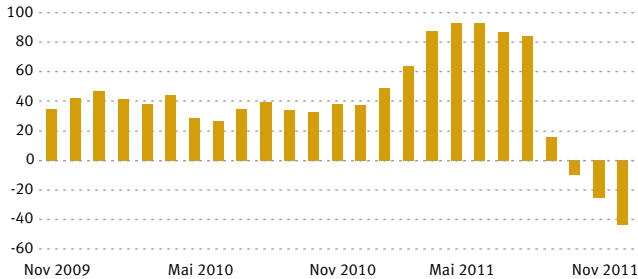
**Spring Meeting of Young Economists (SMYE 2012) am ZEW in Mannheim**

Vom 26. bis 28. April 2012 richtet das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) das jährliche „Spring Meeting of Young Economists“ aus. Ziel dieser bedeutenden internationalen Konferenz ist es, Nachwuchsforschern aus allen Gebieten der Volkswirtschaft einen Austausch über aktuelle Ideen und Ergebnisse in einem anregenden Umfeld zu ermöglichen. Als Keynotespeaker werden Mary Amity von der Federal Reserve Bank of New York, Armin Falk von der Universität Bonn und Ayhan Kose vom Internationalen Währungsfonds an der Konferenz teilnehmen. Weitere Informationen finden sich unter: www.smye2012.org

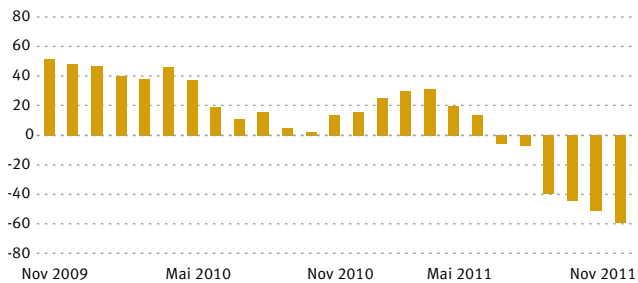


DATEN UND FAKTEN

ZEW-Finanzmarkttest im November 2011



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der kurzfristigen Zinsen im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Konjunkturerwartungen im Euroraum. Quelle: ZEW

EZB: Sinkende Inflationserwartungen

Die EZB hat bei ihrem jüngsten Zinsentscheid den Leitzins auf nun 1,25 Prozent gesenkt. Das mag überraschen, da die aktuelle Inflationsrate für die Eurozone mit 3,0 Prozent die von der EZB selbst formulierte Marke von knapp unter zwei Prozent deutlich übersteigt. Dass die EZB in dieser Situation die Zinsen senkt, kann möglicherweise mit gesunkenen Inflationserwartungen begründet werden, die auch im Finanzmarkttest sichtbar werden. Tendenziell rechnen die Finanzmarktexperten auf Sicht von sechs Monaten mit einer weiteren Senkung der Leitzinsen.

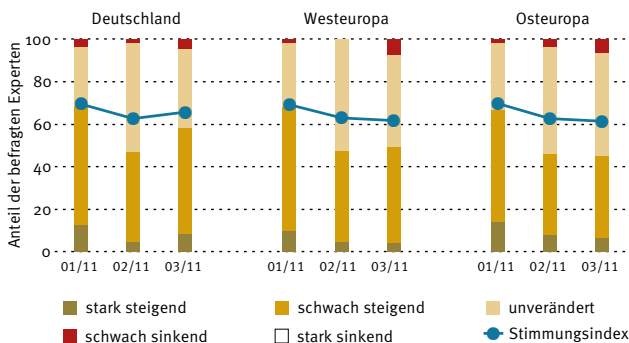
Christian David Dick, dick@zew.de

Eurozone: Pessimistische Konjunkturerwartungen

Die Erwartungen für die Konjunktur in der Eurozone sind im November um 7,9 Punkte auf minus 59,1 Punkte gefallen. Die große Unsicherheit in Bezug auf die Schuldenkrise einiger Staaten in der Eurozone ist ein wesentlicher Grund für die erneut gestiegene Skepsis der Finanzmarktexperten. Der politische Wille zur Haushaltskonsolidierung in den betroffenen Ländern ist Voraussetzung für die Stabilität des Währungsraums, und so wurde die Unsicherheit in den zurückliegenden Wochen durch die Regierungskrisen in Griechenland und Italien weiter verstärkt.

Christian David Dick, dick@zew.de

KEP- Aufkommen legt weiter zu – vor allem innerhalb Deutschlands

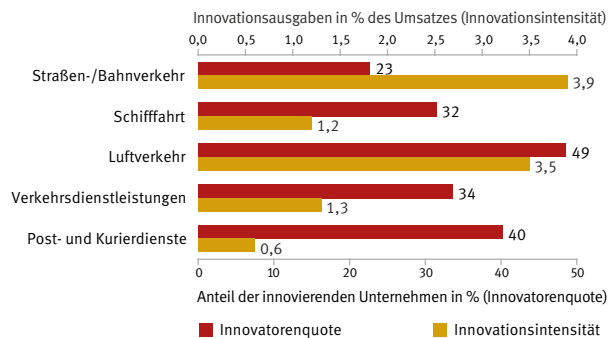


Quelle: ZEW

In Hinblick auf die erwarteten Mengenentwicklungen in den Kurier-, Express- und Paketdienst (KEP)-Märkten sind die Experten des TransportmarktBarometers von ProgTrans/ZEW verhalten optimistisch. 50 Prozent der Experten rechnen in Deutschland mit einem schwachen Anstieg und weitere acht Prozent sogar mit einem starken Anstieg von mehr als fünf Prozent der KEP-Mengen im kommenden halben Jahr. Im Westeuropaverkehr haben die steigenden Erwartungen ebenfalls eine (leichte) Mehrheit, während die Erwartungen unveränderter und steigender Mengen beim Osteuropaverkehr ziemlich ausgeglichen sind.

Dr. Claudia Hermeling, hermeling@zew.de

Innovationsorientierung im Transportgewerbe 2009



Quelle: ZEW, Mannheimer Innovationspanel

Die Innovationsorientierung im deutschen Transportgewerbe unterscheidet sich nach Teilbranchen. Intensiv ist der Innovationswettbewerb im Luftverkehr. Dort hat 2009 jedes zweite Unternehmen neue Produkte oder Prozesse eingeführt, 3,5 Prozent des Umsatzes flossen in Innovationsprojekte. Schifffahrt und Verkehrsdienstleister (Spedition, Lagerei, Umschlag, Häfen, Airports) liegen deutlich zurück. Im Straßen- und Bahnverkehr ist der Innovatorenanteil mit 23 Prozent niedrig, die innovativen Unternehmen geben aber viel für Innovationen aus. Umgekehrt verhält es sich bei den Post- und Kurierdiensten.

Dr. Christian Rammer, rammer@zew.de



Todsünde

Die Sünden der Problemländer des Euro-Raums zu Recht an den Pranger zu stellen, ist weitaus beliebter als ihre Anstrengungen, auf den Pfad der finanzpolitischen Tugend zurückzukehren, zu würdigen. Diese Bemühungen können sich sehen lassen. Dazu

hat der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem jüngsten Jahresgutachten Berechnungen veröffentlicht.

Als Grundlage dafür dient der um konjunkturelle Schwankungen bereinigte Finanzierungssaldo des jeweiligen Staates. Davon werden die staatlichen Zinsausgaben subtrahiert, weil höhere Zinsen den eigentlichen Konsolidierungsbemühungen ebenso entgegenwirken wie eine ungünstigere Konjunkturalentwicklung. Dieser „konjunkturbereinigte Primärsaldo des Staates“ wird ins Verhältnis zur Wirtschaftskraft des betreffenden Landes gesetzt, genauer: in Relation zum Produktionspotenzial. Der Betrachtung liegen die GIPS-Länder zugrunde, also Griechenland, Irland, Portugal und Spanien, sowie Italien und außerdem zum Vergleich die Vereinigten Staaten als ein ebenfalls hoch verschuldetes Land.

Das Ergebnis ist bemerkenswert. Die GIPS-Länder haben ihren Primärsaldo im Durchschnitt von minus 9,3 v.H. im Jahr 2009 auf minus 1,7 v.H. im Jahr 2011 verringert, wobei die entsprechenden Zahlen für Griechenland minus 13,1 beziehungsweise minus 0,4 v.H. betragen. Überraschend mag die Entwicklung in Italien sein. Nicht nur hebt sich Italien mit einem positiven (!) Primärsaldo von den GIPS-Ländern ab, sondern dieser legte in dem genannten Zeitraum sogar noch von 0,9 v.H. auf 1,9 v.H. zu. Die Finanzmärkte haben diese Bemühungen unbeeindruckt gelassen, vielmehr haben sie diese Länder in Form von Zinsaufschlägen gnadenlos abgestraft.

Ganz anders stellt sich die Situation in den Vereinigten Staaten dar, dem Land, dessen Politiker nicht müde werden, den Regierungen des Euro-Raums wohlfeile Ratschläge zu erteilen. Der Primärsaldo der Vereinigten Staaten blieb zwischen den Jahren 2009 und 2011 mit minus 4,9 v.H. beziehungsweise minus 4,8 v.H. praktisch unverändert. Weit gefehlt, wer erwartet, dass die Finanzmärkte dieses Versäumnis nun erst recht abstrafen. Im Gegenteil, sie belohnen es durch niedrige Zinsaufschläge. Irrationale Finanzmärkte also?

Der Glaube an die Rationalität der Finanzmärkte mag in der jüngsten Vergangenheit gelitten haben, aber dass es den Problemländern bisher nicht gelungen ist, die Märkte zu überzeugen, dürfte mit erheblichen Strukturproblemen dieser Volkswirtschaften zusammenhängen, wie etwa hohen Schuldenstandsquoten, einer relativ zu den internationalen Wettbewerbern ungünstiger Erhöhung der Lohnstückkosten oder politischen Unwägbarkeiten in Form von Regierungskrisen. Dies belegt erneut, wie entscheidend Vertrauen erweckende nationale Anstrengungen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und zur Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit sind.

Der Vorrang solider staatlicher Finanzen und damit das unabdingbare Erfordernis eines diesbezüglich überzeugenden Konsolidierungskurses der Finanzpolitik in den Problemländern muss all den Leuten ins Stammbuch geschrieben werden, welche (stattdessen) die Europäische Zentralbank (EZB) in die Pflicht nehmen wollen. Konkret hieße das den Ankauf italienischer Staatsanleihen so lange, bis Rom deren Zinsniveau als erträglich ansieht. Von solchen Maßnahmen muss mit allem Nachdruck abgeraten werden. Eine Monetarisierung der Staatsverschuldung gehört nach aller historischer Erfahrung – nicht zuletzt in Deutschland – zu den Todsünden einer Zentralbank. Da helfen auch keine Beschwichtigungsversuche derart, dies solle nur vorübergehend und temporär geschehen und in schwierigen Zeiten müsse man hehre ordnungspolitische Prinzipien halt mal vergessen. Italien kann und muss sich erst einmal selbst helfen, es verfügt im Hinblick auf seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit über eine solide Ausgangsposition. Wenn Italien darüber hinaus einen überzeugenden nachhaltigen Konsolidierungskurs verfolgt, der überdies vom Internationalen Währungsfonds überwacht wird, und sich seine hohe Schuldenstandsquote von rund 120 v.H. in Relation zum Bruttoninlandsprodukt allmählich verringert, besteht eine realistische Chance, dass sich die Märkte beruhigen, ohne die EZB als „lender of last resort“.

Wolfgang Franz

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim,
L 7, 1, 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 103443, 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de, www.zew.eu
Präsident: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz · Kaufmännischer Direktor: Thomas Kohl

Redaktion: Kathrin Böhrer · Telefon 0621/1235-103 · Telefax 0621/1235-222 · E-Mail boehmer@zew.de
Gunter Gröttmann · Telefon 0621/1235-132 · Telefax 0621/1235-222 · E-Mail groettmann@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars

© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2011